

Die geplanten LNG-Terminals an Nord- und Ostsee sind völlig überdimensioniert und zementieren eine fossile Infrastruktur, die Deutschlands Klimaschutzziele unerreichbar macht

Text Frauke Ladleif

Das Jahr 2023 ist gerade mal drei Tage alt, als die „Maria Energy“ in Wilhelmshaven festmacht. Der Spezialtanker hat über den Atlantik transportiert, was seit dem russischen Angriff auf die Ukraine als zentraler Baustein der deutschen Energiesicherheit gilt: Liquefied Natural Gas (LNG), also verflüssigtes Erdgas. Wenige Wochen zuvor hatten Bundeskanzler Olaf Scholz und Wirtschaftsminister Robert Habeck persönlich die Inbetriebnahme des ersten schwimmenden LNG-Terminals gefeiert – gerade einmal zehn Monate nach Beginn des Krieges und der Ankündigung, sich aus der Abhängigkeit von russischem Erdgas lösen zu wollen.

Viele waren verblüfft, wie schnell die Bundesregierung ihr ambitioniertes Ziel mit dem notwendigen politischen Willen in die Tat umsetzen konnte. Und mit den entsprechenden Mitteln: Die Ampel-Koalition plant zehn Milliarden Euro für den LNG-Ausbau ein. Doch ein Blick auf die Dimensionen zeigt, dass sie dabei deutlich übers Ziel hinausschießt (Grafik links).

Fossiler Backlash

Das NewClimate Institute nimmt in einer Studie an, dass Deutschland bis Ende 2026 elf LNG-Terminals in Betrieb nehmen wird, acht davon mit Beteiligung des Bundes. Sie sollen das per Schiff angelieferte LNG wieder in Gas umwandeln, um es ins Netz zu speisen. Gingen alle geplanten Terminals tatsächlich in Betrieb, ergäbe sich eine Kapazität von jährlich 73 Milliarden Kubikmetern Gas. Vor Kriegsbeginn kamen jedoch lediglich 46 Milliarden Kubikmeter Erdgas im Jahr über Pipelines aus Russland. Rechnet man die Importe aus anderen Ländern wie Norwegen hinzu, könnte

Deutschland bald zwei Drittel mehr Erdgas einführen als derzeit verbraucht wird.

Und die Überkapazitäten könnten sogar noch wachsen. Aufgrund der hohen Preise sank der Gasverbrauch zuletzt um rund zehn Prozent. Für den Klimaschutz ist das die eigentlich gute Nachricht. Weniger fossiles Gas zu verbrennen ist dringend erforderlich, wenn Deutschland sein gesetzlich verankertes Klimaschutzziel – Klimaneutralität bis 2045 – erreichen will.

Diesem Ziel wird bald aber eine enorme LNG-Infrastruktur entgegenstehen. Denn die Lieferverträge sehen teils Laufzeiten bis 2045 vor. „Uns droht eine neue Abhängigkeit von einem fossilen Energieträger“, sagt Constantin Zerber von der Deutschen Umwelthilfe. Denn Großprojekte dieser Art stellen die Weichen für lange Zeit.

Zum einen müssen Leitungen und Anlagen gebaut werden, um die Terminals ans Netz anzubinden. Die Netzbetreiber rechnen mit zusätzlichen Kosten von bis zu 3,2 Milliarden Euro. Zum anderen müssen neue Gasfelder erschlossen werden, um die steigende LNG-Nachfrage zu befriedigen – etwa in den USA, wo dies zum großen Teil durch umweltschädliches Fracking geschieht, oder vor der Küste Senegals. Olaf Scholz versprach dem westafrikanischen Land dabei Unterstützung – eine klarer Bruch der bei der Weltklimakonferenz 2021 getroffenen Vereinbarung, nicht mehr in Infrastruktur für Öl, Kohle und Gas im Ausland zu investieren.

Mit dem fossilen Backlash steht Deutschland nicht allein da. Laut Global Energy Monitor sind weltweit 300 LNG-Projekte in Planung oder im Bau, für zusammen rund 800 Milliarden Dollar. Allein in Europa sollen sich die jährlichen LNG-Kapazitäten auf rund 360 Milliarden

Kubikmeter Erdgas mehr als verdoppeln. Das Ziel der Weltgemeinschaft, den Anstieg der Erdtemperatur auf 1,5 bis 2 Grad zu begrenzen, wird damit torpediert. Denn LNG ist laut einer Studie im Auftrag von Green Planet Energy ähnlich klimaschädigend wie Steinkohle, wenn alle Emissionen auch bei der Produktion und bei diversen Umwandlungsschritten wie Verflüssigung, Regasifizierung und Verstromung mit einbezogen werden.

Grünes Versprechen

Zudem bindet der Erdgasboom eine andere wichtige Ressource: Personal. Monatlang haben die deutschen Behörden mit vereinten Kräften die Genehmigungsverfahren im Schnelldurchlauf vorangebracht – die erneuerbaren Energien warten vergeblich auf entsprechende Unterstützung. Und das Energieeffizienzgesetz, das den Gasverbrauch deutlich eindämmen soll, steckte bei Redaktionsschluss noch in der Ressortabstimmung, wohl aufgrund von Uneinigkeit innerhalb der Regierungskoalition.

Immerhin soll die LNG-Infrastruktur „wasserstoffready“ sein. So zumindest rechtfertigt der Grüne Robert Habeck den Bau der Terminals. Die sollten geeignet sein, in Zukunft auch die grüne Energie nach Deutschland zu bringen. Doch daran bestehen erhebliche Zweifel, ergab eine Studie des Fraunhofer-Instituts ISI. Weil die Wasserstofftechnologie noch in den Kinderschuhen steckt, ist unklar, wie die Terminals genau gestaltet werden müssen. Umgerüstet werden kann laut dem Institut nachträglich nur, wenn dies bereits bei der Planung berücksichtigt wurde.

„Ready“ ist bislang vor allem die Gasindustrie – ready für Gewinne. ●